

# Niederschrift Nr. 16

über die öffentliche Sitzung  
des Amtsausschusses des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider  
am Montag, 14. März 2016, im Markttreff 'Inne Meern', Hennstedt

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

## **Anwesend sind:**

Herr Manfred Lindemann als Vorsitzender  
Herr Max Thiessen Ploog als Stellvertreter für Herrn Klaus-Dieter Holm  
Herr Uwe Harbeck  
Herr Jörg Patt  
Herr Dieter Noroschadt  
Herr Thorsten Eggers  
Frau Gabriele Beetz  
Frau Ursula Rink  
Frau Helmi Rau  
Herr Werner Oetjens  
Herr Herbert Voss  
Herr Jens Peters  
Herr Norbert Rohwedder  
Frau Birgit Meier  
Herr Kurt Kring  
Herr Rolf Thiede  
Herr Helmut Meyer  
Herr Volker Lorenzen  
Frau Marie-Luise Witt  
Herr Jens Uwe Franck  
Herr Hans-Peter Witt  
Herr Jens Peter Wiborg  
Herr Ronald Petersen  
Herr Ernst Schnepel  
Herr Peter Scheldorf  
Herr Tjark Schütt  
Herr Heino Grimm  
Herr Hans Hermann de Freese  
Frau Karin Wrage ab 19.20 Uhr  
Herr Dieter Grimm  
Herr Jens Lahrsen  
Herr Jörn Walter  
Herr Peter Ahrens  
Frau Anne Riecke  
Herr Jochen Block  
Herrn Dieter Kurzke  
Frau Elke Jasper

## **Entschuldigt fehlen:**

Herr Norbert Arens  
Frau Daniela Donarski

## **Von der Verwaltung:**

Herr Fred Johannsen als Berater und Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird festgestellt. Die Einladung ist frist – und formgerecht erfolgt. Einwände werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Vorsitzende, diese um den Tagesordnungspunkt

8. Kooperation mit dem Kreis Dithmarschen zur Umsetzung eines Klimaschutzteilkonzeptes zur integrierten Wärmenutzung

zu erweitern. Der Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Frau Bürgermeisterin Anne Riecke stellt die Gemeinde Hennstedt kurz vor und freut sich, dass der Markttreff „Inne Merrn“ kurz vor der Wiedereröffnung steht.

## **Tagesordnung:**

1. Einwohnerfragestunde
2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 vom 08.02.2016
3. Mitteilungen
4. Bestätigung von Tierschätzern
5. Bestellung von Schiedsfrauen und Schiedsmännern
6. Beratung und Beschlussfassung über die Namensgebung der Grundschule Lunden
7. Annahme von Zuwendungen im Haushaltsjahr 2015
8. Kooperation mit dem Kreis Dithmarschen zur Umsetzung eines Klimaschutzteilkonzeptes zur integrierten Wärmenutzung
9. Eingaben und Anfragen

## **TOP 1. Einwohnerfragestunde**

Frau Grzybowski, Linden, fragt an, ob das Amt die Kosten für eine Buslinie von Linden nach Tellingstedt beziehungsweise für einen Zubringerbus den Kosten gegenüberstellen könnte, die in Form von Schulkostenbeiträgen für die Kinder, die statt zur GGS Tellingstedt zum Schulzentrum Heide-Ost gehen würden. Des Weiteren bittet sie um Bekanntgabe der Höhe eines möglichen Eigenanteils für eine Buslinie Linden-Tellingstedt.

Herr Amtsvorsteher Lindemann sagt Prüfung zu. Es wird sich darauf verständigt, dass über die Antworten der Schulausschuss die Eltern informiert.

Herr Bürgermeister Witt spricht sich klar gegen die Einrichtung einer Buslinie aus, weil

- er es als zumutbar empfindet, dass die Kinder mit dem Fahrrad nach Schalkholz fahren, um dort in den Bus einzusteigen;
- seines Erachtens nach nicht alle Beförderungswünsche der Eltern finanzierbar sind und

- er sich nicht mit dem Grund der Anmeldung an einer amtsfremden Schule erpressen lassen möchte.

Der Amtsvorsteher erläutert, dass in der Thematik „Buslinie Linden-Tellingstedt“ noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist. Die notwendigen Parameter sollten zusammengetragen werden, um dann zu einem Votum zu kommen.

## **TOP 2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 vom 08.02.2016**

### **Beschluss:**

Die Niederschrift vom 08.02.2016 wird genehmigt.

### **Stimmenverhältnis:**

35 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Frau Karin Wrage nimmt ab 19.20 Uhr an der Sitzung teil.

## **TOP 3. Mitteilungen**

Der Amtsvorsteher berichtet über

- das nächste Treffen der Arbeitsgruppe Asyl am 17.03.;
- eine neue Richtlinie zur Modernisierung der ländlichen Wege, abgedruckt im Amtsblatt Nr. 22;
- die Verbräuche der an die Fernwärme in Hennstedt angeschlossenen Amtsliegenschaften. Es haben sich lediglich kleine Abweichungen gegenüber den früheren Heizöl-/Gasausgaben ergeben.
- die verwaltungsseitig erwirkten Änderungen von Energielieferverträgen. Hier konnten beispielsweise für die Grund- und Gemeinschaftsschule Tellingstedt größere Kosten eingespart werden.;
- die Hundesteuersatzungen der Amtsgemeinden bleiben trotz der Änderung des Gefahrhundegesetzes gültig;
- die Übersicht der Finanzierungskosten für Kindertagesstätten des Kreises Dithmarschen. Diese Information ist bereits an alle Bürgermeister/-innen verteilt worden.
- die Termine am 22.03. in Brunsbüttel und 13.04. in Kleve in Sachen Windenergieplanung;
- den Erwerb eines Sachkundenachweises für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die DEULA würde einen Lehrgang bei einer Mindestanmeldezahl von 15 Personen anbieten;
- einen morgen ausgestrahlten Radiobericht auf NDR 1 Welle Nord von 20.05 Uhr bis 22.00 Uhr über die berufliche Integration eines Flüchtlings.

LVB Johannsen berichtet über

- den Verein KUNO (Kulturlandschaft nachhaltig organisieren) mit Sitz in Bergenhusen, der Naturschutzberatung für landwirtschaftliche Betriebe im Amtsbe-  
reich KLG Eider für die Gemeinde Bergewörden, Hollingstedt, Delve, Glüsing,  
Wallen, Pahlen, Dörpling, Tielenhemme, Hövede, Tellingstedt, Süderdorf, Dellstedt

und Wrohm anbietet. Ziel dieser Aktivität ist, eine Kooperation von Naturschutz/Vogelschutz und Landwirtschaft umzusetzen.

- die Einstellung von Frau Wendt über das Diakonische Werk Dithmarschen als hauptamtliche Flüchtlingskoordinatorin. Die Einstellung erfolgt zum 01.04.2016.
- die Wiedereröffnung der Bürgerbüros in Lunden und Tellingstedt zum 31.03.2016. Eine entsprechende Information an die Bevölkerung wird über Aushang, Internet, redaktionellen Teil der Dithmarscher Landeszeitung sowie Informationsblatt des Amtes Eider erfolgen.
- die Erarbeitung einer klarstellenden Formulierung zum Fusionsvertrag in Abstimmung mit den beiden Standortbürgermeistern der Verwaltungsaußenstellen. Ziel ist, hier eine einvernehmliche Lösung durch einen Amtsausschussbeschluss herbeizuführen.
- den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften. Hier werden zu den Themen Minderheitenschutz, Ausweitung des Berichtswesens auf den Minderheitenschutz, Stellung stellvertretender Ausschussmitglieder und Zusammensetzung und Stimmengewichtung im Amtsausschuss detaillierte Erläuterungen gegeben.

Der Haupt- und Finanzausschussvorsitzende Volker Lorenzen berichtet über den Fortgang des Amtsentwicklungskonzeptes. Hier hat ein Gespräch mit Vertretern des Kreises Dithmarschen stattgefunden. Die dort aufgenommenen Anregungen arbeitet er gegenwärtig in die Antragsunterlagen ein, die dann der Arbeitsgruppe vorgelegt werden.

Der Amtsvorsteher spricht ihm großen Dank für sein Engagement aus.

Der Bauausschussvorsitzende Kurt Kring gibt detaillierte Ausführungen zu dem Stand der drei Großbauvorhaben.

Der Tourismusausschussvorsitzende Dieter Noroschadt berichtet von der Aufsichtsratssitzung der LTO Dithmarschen. Für 2017 stehen weitreichende Veränderungen, insbesondere auch die Touristische Neuausrichtung von Dithmarschen Tourismus, an. Es ist geplant, eine Regionalkonferenz am 24.05.2016 zusammen mit der Stadt Heide und dem Amt Heider Umland durchzuführen. Es wird sich darauf verständigt, hier alle Mitglieder des Amtsausschusses einzuladen, wobei die Teilnahme freiwillig ist.

Die nächste Sitzung des Tourismusausschusses findet am 21.03.2016 statt, wo auch eine Auswertung des vorgenommenen Workshops erfolgen wird.

Der Schulausschussvorsitzende Jörg Patt erklärt, dass der Schulleiterwahlausschuss getagt und Frau Tina Jaster zur neuen Schulleiterin der Grundschule Lunden einstimmig gewählt hat. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wird eine gute Schule entstehen.

Als weitere größere Aufgaben sieht er die Schulentwicklungsplanung und die Einbindung von ausländischen Kindern.

#### **TOP 4. Bestätigung von Tierschätzern**

Herr Manfred Lindemann verpflichtet Herrn Joachim Löbkens, Schulstr. 3, 25774 Lehe, der vom Kreis Dithmarschen – Der Landrat –, Fachdienst Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Heide für die Zeit vom 05.02.2016 bis zum 31.12.2016 als Schätzer für

die Ermittlung des Wertes von Tieren in den Fällen des § 66 des Tierseuchengesetzes bestellt worden ist.

Herr Lindemann bedankt sich für das ehrenamtliche Engagement und wünscht ihm viel Glück bei seiner Tätigkeit.

## **TOP 5. Bestellung von Schiedsfrauen und Schiedsmännern**

Aufgrund des Aufrufes im Informationsblatt des Amtes Eider am 05.10.2015 haben sich insgesamt sieben Bürgerinnen und Bürger für das Schiedsamt beworben.

Für den Schiedsbereich Lunden fanden sich zwei, für Tellingstedt vier und für Hennstedt ein/e interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Am 22.02.2016 fand ein gemeinsames Informations- und Vorstellungsgespräch statt, an dem alle Bewerber sowie die bisherigen Amtsinhaber teilgenommen haben.

Da es für den Bezirk Tellingstedt vier Bewerber, für Hennstedt jedoch nur eine Bewerberin gibt, wurde beim zuständigen Amtsgericht angefragt, ob ein „bezirkfremder“ Bürger die Stellvertretung für den Hennstedter Bereich übernehmen könnte. Das ist jedoch nicht möglich, so dass für Hennstedt lediglich eine Person ohne Stellvertretung für das Schiedsamt ernannt werden kann.

Für Tellingstedt muss eine weitere Auswahl zwischen den vier Bewerber/innen erfolgen.

Sobald dies erfolgt ist, wird über die vorgeschlagenen Personen im nächsten Amtsausschuss zu entscheiden sein.

### **Beschluss:**

Es wird beschlossen,

- für den Schiedsamsbezirk Lunden für die Wahlzeit von 2016 bis 2021 Herrn Dietrich Kahnert aus Lehe zum Schiedsmann sowie Herrn Karl-Heinz Dittmann aus Lunden zum stellvertretenden Schiedsmann zu bestellen.
- Für den Schiedsamsbezirk Hennstedt für die Wahlzeit von 2016 bis 2021 Frau Doris Schwartz aus Delve zur Schiedsfrau zu bestellen.

### **Stimmenverhältnis:**

einstimmig

## **TOP 6. Beratung und Beschlussfassung über die Namensgebung der Grundschule Lunden**

Mit Einrichtung einer eigenständigen Grundschule in der Gemeinde Lunden ist es notwendig, dieser neuen Schule einen Namen zu geben. Die Schule hatte einen Aufruf gestartet, dass Namensvorschläge abgegeben werden können. Die Schüler, Lehrkräfte, Elternbeiräte und ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter des Amtes haben über die Vorschläge abgestimmt. Letztendlich wurden die Ergebnisse zusammengefasst und der Vorschlag mit den meisten Stimmen ausgewertet. Die Schulkonferenz hat in ihrer Sitzung am 30.11.2015 über den Namen abgestimmt. Die Schulkonferenz emp-

führt den Namen „Schule am Gehölz- Grundschule des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider in Lunden“.

Frau Sing hat dem Namen bereits zugestimmt. Die letztendliche Entscheidung fällt jedoch im Ministerium. Der Schulausschuss hat dem Namen in seiner Sitzung am 26.01.2016 bereits stattgegeben.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt dem unterbreiteten Vorschlag des Schulausschusses und der Schulkonferenz „Schule am Gehölz- Grundschule des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider in Lunden“ zuzustimmen.

**Stimmenverhältnis:**

einstimmig

**TOP 7. Annahme von Zuwendungen im Haushaltsjahr 2015**

**Beschluss:**

1. Gem. § 76 Abs. 4 Gemeindeordnung ist jährlich ein Bericht über Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen vorzulegen, wenn der Wert 50 € übersteigt. Bis zur Höchstgrenze 1.000 € ist der Amtsvorsteher zur Entscheidung über die Zuwendungsannahme befugt.

<b>Zuwendungen lt. anliegender Liste (Originalprotokoll)</b>
--

2. Zuwendungen über 1.000 € bedürfen eines Beschlusses durch den Amtsausschuss.

Zuwendungsgeber	Empfänger	Höhe	Zweck
	-Keine -		

**Stimmenverhältnis:**

einstimmig

**TOP 8. Kooperation mit dem Kreis Dithmarschen zur Umsetzung eines Klimaschutzteilkonzeptes zur integrierten Wärmenutzung**

**Hintergrund**

Im Integrierten Klimaschutzkonzept (IKK) des Kreises Dithmarschen existiert die Maßnahme U3, die die Erstellung eines kreisweiten Wärmekatasters beinhaltet. Ziel dieser Maßnahme ist die Ermittlung von örtlich gemeinsam auftretenden Wärmeüberschüssen und –nachfragen.

Inhaltlich besteht ein Wärmekataster aus den drei Blöcken Grundlagenanalyse, Potenziale und Maßnahmen (siehe detaillierte Informationen in der Anlage). Zunächst erfolgen eine Aktualisierung der Energie- und Treibhausgasbilanz des IKK, aufgeteilt nach vorhandenen Wärmeinfrastruktur (Anteil leitungsgebundener Energieträger und räumliche Verteilung der Energieträger). Zudem werden langfristige Energiebedarfsszenarien erstellt. Daraus abgeleitet wird eine Potenzialanalyse erstellt, die auf einem Abgleich von Wärmeangebot und –nachfrage basiert. Damit sollen sinnvolle Potenziale für die

Nutzung von Kraft-Wärme-(Kälte)-Kopplung und Erneuerbaren Energien herausgearbeitet werden. Zusätzlich werden das Abwärmepotenzial von industriellen Anlagen und Niedertemperaturquellen (z.B. Abwasser) sowie das Fern- und Nahwärmeausbaupotenzial ermittelt. Zur Nutzung der aufgezeigten Potenziale werden geeignete Technologien aufgezeigt. Den Abschluss des Wärmekatasters bilden ein Maßnahmenkatalog und ein Controlling-Konzept.

Für die erfolgreiche Umsetzung des Wärmenutzungskonzeptes sollen frühzeitig Akteure aus Verwaltung, Industrie, Energieversorgung, Wohnungswesen usw. einbezogen werden. Mit Hilfe einer Kommunikationsstrategie werden die Ergebnisse des Klimaschutzteilkonzeptes veröffentlicht, um die Umsetzung der Maßnahmen zu befördern.

Unter anderem soll die Identifizierung von Wärmeangebot und –nachfrage sowie Kälteangebot und –nachfrage dazu beitragen, mögliche für Wärme- bzw. Kältenetze geeignete Gebiete im Kreis ausfindig zu machen. Hiermit soll den Kommunen des Kreises eine Grundlage für die detaillierte Planung und Errichtung entsprechender Infrastruktur (Wärme-/Kältenetze) an die Hand gegeben werden. Durch den Bau von Nahwärmenetzen und damit einhergehend dem Abbau von Einzelfeuerungsanlagen in Gebäuden können der Primärenergiebedarf sowie die Energiekosten und somit der Treibhausgasausstoß für die Raumwärmeerzeugung gesenkt werden. Zusätzliche Synergieeffekte in Form einer weiteren Senkung des Primärenergiebedarfs sowie einer Senkung des Endenergiebedarfs ergeben sich, wenn die Errichtung eines Nahwärmenetzes im Zusammenhang mit einem energetischen Quartierskonzept (z.B. durch das KfW-Programm 432) durchgeführt wird.

Momentan wird ein solches Wärmekataster im Auftrag der Entwicklungsagentur Region Heide für die Stadt Heide und das Amt KLG Heider Umland durchgeführt. Aus diesem Grund wird sich die Erstellung des kreisweiten Wärmekatasters auf die Stadt Brunsbüttel und die übrigen Ämter mit ihren Kommunen konzentrieren. Am Ende sollen die Ergebnisse beider Kataster zusammengeführt werden.

### **Kosten und Förderung**

Die für die Erstellung eines Wärmekatasters anfallenden Kosten betragen geschätzt insgesamt 60.000 Euro. Zur Deckung eines Teils dieser Kosten soll eine Förderung über die Kommunalrichtlinie (Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) angestrebt werden.

Diese Förderung (nicht rückzahlbarer Zuschuss) kann für die Erstellung eines sogenannten Klimaschutzteilkonzeptes für Integrierte Wärmenutzung (III. 3. h. Kommunalrichtlinie) beantragt werden und beträgt bis zu 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben für einen finanzschwachen Kreis. Zuwendungsfähig sind Sach- und Personalkosten sachkundiger Dritter sowie Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit in angemessenem Umfang. Zusätzlich wird eine Kumulierung mit Mitteln der AktivRegionen (Kooperationsprojekt Dithmarschen und Eider-Treene-Sorge) angestrebt. Dies ist möglich, da es sich ausschließlich um EU-Mittel handelt. Somit könnte der Eigenanteil des Kreises auf die von der Kommunalrichtlinie geforderte Mindestquote von 15 % reduziert werden.

Es erfolgt keine Umlage auf die Kommunalen Partner (Kooperationspartner).

### **Kooperationsvereinbarung und weiteres Vorgehen**

Für den Förderantrag über die *Kommunalrichtlinie* wird eine Kooperationsvereinbarung (siehe Anlage) benötigt, die von allen beteiligten Ämtern und der Stadt Brunsbüttel (Amt KLG Heider Umland und Stadt Heide nehmen nicht teil, s.o.) unterzeichnet werden muss. Diese Kooperationsvereinbarung wird zusammen mit dem Förderantrag bis zum 31.03.2016 beim Projektträger Jülich als vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit beauftragtem Projektträger eingereicht.

### **Anlagen**

1. Ergänzende Informationen zum Klimaschutzteilkonzept für Integrierte Wärmenutzung in Kommunen
2. Kooperationsvereinbarung

### **Beschluss:**

Der Amtsausschuss des Amtes KLG Eider begrüßt die Planung zur Erarbeitung eines kreisweiten Wärmekatasters.

Der Kooperationsvereinbarung mit dem Kreis Dithmarschen wird zugestimmt. Der beglaubigte Auszug der Beschlussfassung wird durch die Amtsverwaltung an den Kreis Dithmarschen, Fachdienst Bau, Naturschutz und Regionalentwicklung übermittelt.

### **Stimmenverhältnis:**

einstimmig

## **TOP 9. Eingaben und Anfragen**

- a) Herr Amtsvorsteher Lindemann berichtet darüber, dass
  - das Elektrofahrzeug BMW 3 (als weiteres Dienstfahrzeug) aller Wahrscheinlichkeit nach noch in diesem Monat ausgeliefert wird;
  - in der Klausurtagung Demografie in Sankelmark die Vertreter der Ämter (Amtsvorsteher und Hauptverwaltungsbeamte) mit Mitarbeitern des Kreises Dithmarschen über Themen wie Bürgerbusse, Haltestellenoptimierung, Energiemanagement, interkommunaler Tourismus, Innenentwicklung, kommunale Kooperationen, Breitband, Bauplatzkataster usw. gesprochen haben. Hier gilt es, dass der Kreis und die Kommunen sich auf einen gemeinsamen Weg für ein zukunftsfähiges Dithmarschen bringen.
- b) Herr Bürgermeister Meyer berichtet über den Sachstand des Breitbandausbaus in Dithmarschen. Die Umsetzung durch die Stadtwerke Neumünster erfolgt sehr zügig und in enger Abstimmung mit den Kommunen. Wann das Breitbandnetz im Amtsgebiet des Amtes Eider umgesetzt wird, ist derzeit noch nicht klar. Als problematisch werden die Aktivitäten der Telekom AG gesehen, die ihr Vektoring (Glasfaser bis zum Knotenpunkt, Kupferkabel vom Knotenpunkt bis zum Haus) in wirtschaftlich vertretbaren Rahmen propagiert.  
Der Breitbandzweckverband dagegen verfolgt eine Verlegung des Glasfasers bis ins Haus.  
In Bereichen, wo die Telekom aktiv geworden ist, könnte die notwendige Anschlussquote für die Maßnahme des Breitbandzweckverbandes problematisch werden.  
Hierauf sollten die Bürgermeister in Gesprächen hinwirken.  
Allgemein wird die Zeitspanne bis zur Umsetzung als kritisch angesehen.

- c) Frau Bürgermeisterin Rink berichtet über die Initiative der Synode des Kirchenkreises Dithmarschen, an der gesamten Westküste ein Friedhofswerk bilden zu wollen. Hintergrund ist die immer größer werdende Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben im Friedhofswesen. Aus der Runde werden Überlegungen aufgeworfen, Friedhöfe ggfs. in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. LVB Johannsen weist auf das Bestattungsgesetz hin, wonach die sogenannten Simultanfriedhöfe in der Trägerschaft der Kirche sind. Eine Aufgabenübertragung auf die Kommune ist sehr kritisch zu betrachten.

---

(Lindemann)  
Vorsitzender

---

(Johannsen)  
Protokollführer

Verteiler:

AA + Stv., GB-Leitung, GSB, AV, Akte, Auszüge verteilt, Freigabe Ratsinfo, Protokollbuch. (sw)